



Das föderale Planbüro

# Nachhaltige Entwicklung: 20 Jahre politisches Engagement?

Föderaler Bericht über nachhaltige Entwicklung 2011

## Zusammenfassung und Empfehlungen

November 2011

**Task Force Nachhaltige Entwicklung**

Avenue des Arts 47-49 – Kunstlaan 47-49  
1000 Brüssel  
Belgien

E-mail: [sustdev@plan.be](mailto:sustdev@plan.be)  
<http://sustdev.plan.be>

Das vollständige Dokument in Französisch und Niederländisch können erhalten werden:  
<http://sustdev.plan.be/>.

Vervielfältigung mit Quellenangabe erlaubt, außer für kommerzielle Zwecke.  
Verantwortlicher Herausgeber: Henri Bogaert  
gesetzliche Hinterlegung: D/2011/7433/32

# Zusammenfassung und Empfehlungen

## Kontext

1. Auf der für 2012 anberaumten zweiten Konferenz von Rio soll **das politische Engagement für eine nachhaltige Entwicklung**, auf das sich die internationale Gemeinschaft anlässlich der ersten Konferenz von Rio im Jahre 1992 festlegte, erneuert werden. Dies setzt vor allem eine Bewertung der erzielten Fortschritte und der Schwachstellen voraus, die es bei der praktischen Umsetzung der Verpflichtungen, der entsprechenden Vereinbarungen und im Hinblick auf die einschlägigen internationalen Konferenzen noch zu überwinden gilt. Um hierzu einen Beitrag zu leisten, wurde im vorliegenden Bericht die Bewertung der nachhaltigen Entwicklung auf die zurückliegenden zwanzig Jahre erweitert.
2. Auf der Konferenz von Rio zur Umwelt und zur Entwicklung haben sich die Regierungen 1992 zur Annahme von **Strategien für eine nachhaltige Entwicklung** verpflichtet. Der vorliegende Nachhaltigkeitsbericht ist mittlerweile die sechste Veröffentlichung des Föderalen Planbüros, mit denen ein Beitrag zum Verständnis dieser neuen Politik geleistet werden soll, im Einklang mit dem 1997 erlassenen Gesetz zur Koordinierung der föderalen Politik zur nachhaltigen Entwicklung. Mit diesem Gesetz wird der Rahmen für die föderale Strategie in Belgien festgelegt.
3. Der föderale Bericht 2011 ist der sechste aus einer Reihe von Berichten, die seit 1998 alle zwei Jahre von der Task Force für Nachhaltige Entwicklung erstellt werden. Diese Berichte über den Status der nachhaltigen Entwicklung, die Perspektiven und Methoden sowie die Pläne und einschlägigen Stellungnahmen der Zivilgesellschaft tragen zu den Lernzyklen der Nachhaltigkeitspolitik bei, die kraft Gesetz aus dem Jahre 1997 eingeführt wurden. Nach der Gesetzesänderung im Jahre 2010 werden die Bereiche, zu denen über einen Fünfjahreszyklus hinweg Bericht zu erstatten ist, in zwei Teile gegliedert: einerseits **wird der aktuelle Sachstand aufgezeigt und eine Bewertung der Nachhaltigkeitspolitik vorgenommen** und andererseits wird ein langfristiger Ausblick in die Zukunft gegeben.
4. Der föderale Bericht 2011 geht auf den aktuellen Sachstand ein und nimmt eine Bewertung der eingeschlagenen Politik vor. Dabei werden drei Aspekte aufgezeigt:
  - **Teil A des Berichts** konzentriert sich auf die seit zwanzig Jahren beobachtete Entwicklung hin zu einer nachhaltigen Entwicklung und stützt sich dabei auf 25 Leitindikatoren. Im Vergleich zu den Zielen, die verschiedene Zeithorizonte abdecken, einschließlich des Horizonts bis 2050, verdeutlichen sie die Herausforderungen in den Bereichen Gesellschaft, Umwelt, Wirtschaft und auch in Bezug auf das dazugehörige Ausführungsinstrumentarium. Diese Indikatoren spiegeln insbesondere die Auswirkungen der thematischen Politiken wider, wie sie in Teil C des Berichts bewertet werden. Sie sind auf der Webseite <http://www.indicators.be> zu finden.
  - **Teil B des Berichts** zeigt die Erfolge und Misserfolge auf, die in den 13 Jahren der Umsetzung der föderalen Nachhaltigkeitsstrategie zu verzeichnen waren. Die Prozesse bzw.

Verfahren werden zunächst anhand des Verlaufs der aufeinanderfolgenden Zyklen und dann unter Bezug auf die Funktionsweise ihres wichtigsten Instrumentariums – der föderalen Pläne für nachhaltige Entwicklung - bewertet.

- **In Teil C des Berichts** wird eine Reihe von Politiken untersucht, die sich auf die 11 Themen der nachhaltigen Entwicklung beziehen. Diese Beschreibung konzentriert sich für jedes Thema auf eine Fallstudie, die eine Bewertung des Nutzens der Pläne und der Nachhaltigkeitsziele bei der schrittweisen Umsetzung der langfristigen Politiken ermöglicht.
5. Der Zusammenfassung dieser drei Teile schließen sich **Empfehlungen** an, die sich auf die Empfehlungen der fünf vorangegangenen föderalen Berichte stützen. Es zeigt sich, in mehreren Fällen, dass diese Empfehlungen, die im Laufe der Lernzyklen ausgesprochen wurden, auf gewisse politische Entwicklungen trafen. So wurden Fortschritte bei der Anwendung bestimmter Prinzipien der Erklärung von Rio erzielt, die im Jahr 1992 neu waren. Ein anderer Teil der Empfehlungen jedoch, sowohl allgemeine als auch spezifische oder thematische, blieb ohne Auswirkungen; diese werden daher im Bericht 2011 erneut aufgeführt, um sie stärker hervorzuheben.

## Teil A - Zwanzig Jahre Entwicklung der Indikatoren für eine nachhaltige Entwicklung

6. Mit den **25 Leitindikatoren** in diesem Bericht werden **die Fortschritte auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung im föderalen Belgien seit 1992**, dem Jahr der ersten Konferenz von Rio, **gemessen**. Dieser lange Zeitabschnitt ermöglicht eine Bewertung und einen Vergleich mit Veränderungen, die in jüngster Zeit eingetreten sind. Die Bilanz dieser Entwicklung und die Auswahl der Indikatoren erfolgen mit Hilfe der in Absatz 13 zusammengefassten Methodik.
7. Im sozialen Bereich ist die belgische Gesellschaft seit 1992 inklusiver geworden, insofern, das **der durchschnittliche Lebensstandard deutlich gestiegen ist, ohne dass die Ungleichheit bei den Einkommen zugenommen hat**. Diese Entwicklung ist bemerkenswert, wurde doch in den meisten OECD-Ländern eine wachsende Ungleichheit der Einkommen beobachtet. Auch bei der Ausbildung junger Menschen konnten relative Verbesserungen erzielt werden. Die Leitindikatoren zeigen freilich auch **andere Tendenzen auf, die weniger günstig ausfallen**: mehr als zwei Millionen Menschen in Belgien waren im Jahre 2009 immer noch der Gefahr von Armut oder sozialer Ausgrenzung ausgesetzt, wobei Frauen stärker betroffen waren. Darüber hinaus hat sich der Zugang Jugendlicher zum Arbeitsmarkt deutlich verschlechtert. Der höhere Lebensstandard der privaten Haushalte wird zudem durch den starken Anstieg ihrer Verschuldung seit etwa 20 Jahren getrübt, der auf die wachsende Inanspruchnahme von Verbraucherkrediten und Hypothekendarlehen zurückgeht. Im Allgemeinen wird eine Verbesserung des Gesundheitszustands festgestellt, jedoch ist die Tendenz an chronischen Krankheiten steigend. Ein wachsender Anteil der Bevölkerung leidet unter anderem an Herz-Kreislauf-Erkrankungen, die häufigste Todesursache in Belgien.

8. Die Fortschritte im Umweltbereich lassen sich daran erkennen, dass **die Emissionen mehrerer Schadstoffe in der Luft und im Wasser zurückgegangen sind**, wie beispielsweise Stickoxide in der Luft und Stickstoff im Wasser, und dass – wenn auch in geringerem Maße – der Ausstoß von Treibhausgasen rückläufig ist. Die Verringerung dieser Umweltbelastungen ist zwar ein ermutigendes Zeichen, doch **der Zustand der natürlichen Ressourcen gibt weiterhin Anlass zur Sorge**. Die **Beeinträchtigung der biologischen Vielfalt** erfordert mindestens ebenso viel Aufmerksamkeit wie die **Risiken im Zusammenhang mit dem Klimawandel**. So zahlreich die Anstrengungen in diesem Bereich auch sein mögen, sie reichen nicht aus, um auf lange Sicht die auf multilateraler Ebene festgelegten Ziele zu erreichen. Die Feststellung von Veränderungen im Umweltbereich seit 1992 ist in dieser Bilanz auf Indikatoren begrenzt, für die nationale Daten vorliegen; sie muss durch einschlägige Berichte über den Zustand der Umwelt in den drei Regionen noch ergänzt werden.
9. Was die Fortschritte der Wirtschaft auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung anbelangt, so sollten diese anhand der **Reduzierung und Beseitigung von nicht nachhaltigen Produktions- und Konsummustern** bestimmt werden. **Derzeit ist eine Entkoppelung von BIP und bestimmten Konsumgewohnheiten zu verzeichnen, die freilich nur Teilbereiche umfasst und unzureichend ist.**
- BIP und Materialverbrauch sind seit 1992 völlig entkoppelt. Allerdings werden bei der Verringerung des Materialverbrauchs in absoluten Werten diejenigen Materialien bzw. Werkstoffe nicht berücksichtigt, die in importierte Fertig- und Halbfertigprodukte eingearbeitet sind. Die Entkoppelung von BIP und Energieverbrauch und Straßenverkehr verläuft relativ und fällt – was den Straßenverkehr anbelangt – sogar besonders schwach aus, wenn man sich vor Augen hält, dass der Straßenverkehr nach wie vor eine beherrschende Rolle im Verkehr einnimmt.
  - Die Entwicklung des Energie-Mix (vor allem die Umstellung von Kohle auf Gas) trug ebenfalls zu geringeren Emissionen von Treibhausgasen bei, was auch daran liegt, dass sich der Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch zwischen 2000 und 2008 beinahe verdreifacht hat. Im Bereich der Ernährung schließlich reicht der beobachtete leichte Rückgang beim Verzehr von Fleisch nicht aus, um von einer Änderung im einschlägigen Konsumverhalten sprechen zu können.
10. **Der Leitindikator für die Staatsverschuldung, der sich von 1992 bis 2007 verbesserte, verschlechterte sich in der Wirtschafts- und Finanzkrise des Jahres 2008 dramatisch.** Dies führte zu wachsenden Herausforderungen bei der Finanzierung der öffentlichen Ausgaben, einschließlich derer für Forschung und Entwicklung (F & E) und der offiziellen Entwicklungshilfe. Die Fähigkeit der öffentlichen Hand, diese Ausgaben sowie die konkreten erforderlichen Investitionen zu finanzieren, um den Bedürfnissen der künftigen Generationen gerecht zu werden, hängt von der Höhe der Verschuldung ab. Was die institutionellen Mittel bzw. Methoden anbelangt, so muss – trotz eines hoch entwickelten rechtlichen Rahmens zur Sicherstellung der Vitalität der föderalen Nachhaltigkeitsstrategie – festgehalten werden, dass der Grad der Umsetzung der Nachhaltigkeitspläne, die auf dieser Strategie beruhen, unbefriedigend bleibt.

11. **Die Bilanz der Leitindikatoren** in Teil A zeigt nicht nur die genannten langfristigen Entwicklungen auf, sie verdeutlicht auch die Lage in Belgien im Hinblick auf die quantifizierten "Zwischenziele", die zu erreichen Belgien sich verpflichtet hatte und für die eine Erfüllungsfrist zwischen dem letzten beobachteten Jahr und dem sehr langfristigen Horizont 2050 festgelegt worden war. Von den 25 Leitindikatoren waren zehn mit einer quantifizierten Zielvorgabe für 2010 oder noch vor 2010 versehen. Sie betreffen so unterschiedliche Themen wie Beschäftigung, Ausbildung von Jugendlichen, Schadstoffemissionen in Luft und Wasser, Primärenergieverbrauch – auch erneuerbare Energien –, öffentliche Entwicklungshilfe, Ausgaben für Forschung & Entwicklung sowie öffentliche Verschuldung. Die Bewertung zeigt, dass **diese zehn Indikatoren den quantifizierten Zwischenzielen recht nahe gekommen sind**. Bei zwei dieser zehn Indikatoren dürften diese Ziele innerhalb der vorgegebenen Fristen erreicht werden: dem Indikator für den Verbrauch erneuerbarer Energien und dem für den Ausstoß von Treibhausgasen. Bei den anderen acht Indikatoren jedoch, vor allem für Beschäftigung, Stickstoffemissionen im Wasser, Ausgaben für Forschung & Entwicklung sowie öffentliche Verschuldung **reichen die erzielten Fortschritte nicht aus und es ist fraglich, ob die Ziele innerhalb der gesetzten Fristen erfüllt werden können**. Die Bewertung zeigt auf, dass gewisse Fortschritte zwar allein schon durch die Annahme dieser Ziele gefördert wurden, dass diese Fortschritte jedoch in den meisten Fällen nicht ausgereicht haben, die einschlägigen Ziele zu erreichen.
12. Teil A des Berichts befasst sich schließlich auf der Grundlage der Bilanz der bisherigen Tendenzen mit den **Zielen der Strategie EU 2020**. **Stellen diese Ziele für Belgien eine Etappe auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung im Zeithorizont bis 2050 dar?** Die Strategie EU 2020 ersetzt die Lissabon-Strategie und stellt bei der Förderung der nachhaltigen Entwicklung zwei große Herausforderungen in den Mittelpunkt der europäischen Politik: den Kampf gegen die Armut und die globale Erwärmung. Mit der Strategie wird darauf abgezielt, die Kohärenz der europäischen Politiken zu stärken, um die Wirtschafts- und Finanzkrise zu überwinden. Sie enthält acht quantifizierte Ziele, die bis 2020 erreicht werden sollen und sich auf fünf Hauptthemen beziehen: Beschäftigung, Forschung & Entwicklung und Innovation, Klimawandel und Energie, Bildung sowie Armut (soziale Ausgrenzung). Der Bericht zeigt, dass die quantifizierten Ziele der Strategie EU 2020 für einen Übergang zu einer nachhaltigen Entwicklung erforderlich sind, weil (wie bereits ausgeführt) quantitative Ziele gewisse Fortschritte zu begünstigen scheinen und viele dieser Ziele angesichts der bisherigen Tendenzen ehrgeizig sind. **Doch für die beiden übergreifenden Herausforderungen der nachhaltigen Entwicklung, dem Klima und der Armut, sind die quantifizierten Zwischenziele dieser Strategie offenbar nicht ehrgeizig genug**. Würde man nämlich die Anstrengungen, die unternommen werden müssen, um diese Ziele bis 2020 zu erreichen, im unveränderten Tempo bis 2050 fortsetzen, so wird dies voraussichtlich nicht ausreichen, die Ziele der nachhaltigen Entwicklung im Kampf gegen Armut und globale Erwärmung (letztere soll im Jahr 2050 auf 2 Grad Celsius begrenzt werden) bis 2050 zu erreichen.
13. Die oben zusammengefassten Analysen wurden durch eine Art **Signalsystem** ermöglicht, **das 25 Leitindikatoren umfasst**, ausgewählt aus dem Verzeichnis der Indikatoren des Berichts 2009 und den politischen Strategien, auch der Strategie EU 2020. **Verankert in einer multidimensionalen**

**Realität auf mehreren Ebenen – belgisch, europäisch und weltweit –, bieten diese Leitindikatoren ein Kommunikations- und Pädagogikpotenzial hinsichtlich der miteinander verzahnten Fragen der nachhaltigen Entwicklung.** Die gemeinsame Analyse der Entwicklungen und deren regelmäßige Überwachung ermöglicht nicht nur eine transparente Kommunikation, sondern auch ein besseres Verständnis und eine bessere Lenkung bzw. Leitung der gesellschaftlichen, ökologischen und wirtschaftlichen Phänomene, hinsichtlich derer die Föderalregierung Verpflichtungen mit Blick auf eine nachhaltige Entwicklung eingegangen ist. Die Bilanz liefert Informationen über die praktische Umsetzung dieser Verpflichtungen, indem das Tempo der Entwicklung der Indikatoren im Hinblick auf die langfristigen Nachhaltigkeitsziele – oder in die entgegengesetzte Richtung – gemessen wird; dabei basiert man sich an die **von Eurostat genutzte Methode**. Danach werden die Indikatoren in Abhängigkeit davon klassifiziert, ob sie sich schnell oder langsam auf die entsprechenden Ziele zubewegen oder sich gar davon entfernen. Diese Methode ist einfach und übersichtlich und bietet eine **zusammenfassende Übersicht** über die verschiedenen quantitativen Tendenzen der Entwicklung der Gesellschaft. Sie muss durch eine eher qualitative Analyse der Politiken ergänzt werden, die zur Erreichung dieser Ziele verfolgt werden, wie in Teil C dieses Berichts beschrieben.

## Teil B - Bewertung der föderalen Nachhaltigkeitsstrategie

14. **Belgien war eines der ersten Länder, in denen eine föderale Strategie der nachhaltigen Entwicklung entsprechend den Verpflichtungen zu Agenda 21 der ersten Konferenz von Rio entwickelt und ein entsprechender rechtlicher Rahmen geschaffen wurde.** Dieser Rahmen hat bis zu seiner Überarbeitung im Jahre 2010 das kontinuierliche Ineinandergreifen der Vierjahres-Lernzyklen sichergestellt, mit den Plänen 2000-2004 und 2004-2008/2011 (der zweite Plan wurde bis zur Erarbeitung des nächsten Plans verlängert) und sechs föderalen Berichten, die eine Bewertung dieser neuen Politiken von 1999 bis heute gewährleisten, und mit dem Ausblick auf die Zukunft der nachhaltigen Entwicklung. Durch die Konsolidierung des beratenden Organs der Zivilgesellschaft zur Nachhaltigkeitspolitik wurden auch die Konsultationsverfahren gestärkt und Kapazitäten für die Ausarbeitung dieser innovativen Politiken entwickelt. Die Funktionsweise dieses rechtlichen Rahmens wird hier nach einer Methodik evaluiert, die in Absatz 20 beschrieben wird.
15. **Dank dieser Strategie haben die verschiedenen Aktivitäten der föderalen Behörden und der Zivilgesellschaft zugunsten der nachhaltigen Entwicklung seit 1997 einen kontinuierlichen Anreiz erfahren. Die Dynamik des Gesetzes wurde 2010 im Zuge seiner Überarbeitung,** die seit 2008 in der Diskussion war, noch dadurch bekräftigt, dass der Grundsatz der Lernzyklen beibehalten und deren Laufzeit auf fünf Jahre verlängert wurde. Diese Gesetzesänderung hat der Entwicklung insofern neuen Schwung verliehen, als eine Art Mechanismus zur Annahme einer langfristigen Vision eingeführt und das Instrument der Folgenabschätzung, d. h. der Untersuchung der Folgen von Entscheidungen im Bereich der nachhaltigen Entwicklung (EIDD), im Gesetz verankert wurde. Durch diesen Mechanismus wird die Nachhaltigkeitspolitik gestärkt, denn nun können die folgenden Etappen dank der Einführung einer ultimativen Zielsetzung

klarer ausgestaltet und leichter bewertet werden. Dies gilt umso mehr, da in den (Vorentwürfen der) Pläne bisher zu wenig Ziele enthalten waren. Die Änderung des Gesetzes birgt sicherlich auch gewisse Gefahren, da nunmehr Möglichkeiten zur Änderung der Zusammensetzung des Föderalen Rats für nachhaltige Entwicklung (FRDO-CFDD) eröffnet werden und eine neue Regierung bei ihrem Amtsantritt einen bestehenden Plan anpassen kann. Zudem bleibt abzuwarten, inwieweit durch diese Änderung die vom Rechnungshof aufgeworfene Frage im Zusammenhang mit der Tatsache beantwortet wird, dass die Instrumente und Akteure der Politik der nachhaltigen Entwicklung nach wie vor ein Dasein am Rande des politischen Prozesses fristen.

16. Der Prozess der Ausarbeitung des Vorentwurfs eines Plans ist gut etabliert und **die ersten beiden Pläne wurden von der Regierung in einem Tempo verabschiedet, wie es durch den rechtlichen Rahmen vorgesehen ist**. Doch die aufeinander folgenden Zyklen, die bis dahin kontinuierlich ineinander gegriffen hatten, wurden zwischen dem Prozess der Konsultationen und dem Beschlussfassungsverfahren zum dritten Plan unterbrochen. Die Verhandlungen im Zuge der Überarbeitung des rechtlichen Rahmens führten dazu, dass die Föderalregierung den dritten Plan nicht verabschiedete. Laut Bericht der Interministeriellen Kommission für Nachhaltige Entwicklung (CIDD) aus dem Jahre 2008 liegt die Ursache dieser Unterbrechung in dem Risiko begründet, dass die Annahme des dritten Plans durch die Regierung die Arbeiten zur Überarbeitung des Gesetzes - die Ende 2008 in der Regierung noch im Gange waren - gefährden könne. Es wäre allerdings möglich gewesen, sich vor Abschluss der Arbeiten zur Gesetzesänderung aus rechtlicher Sicht zum Inhalt eines Planentwurfs zu äußern. Tatsache ist, dass die Entscheidung der Regierung, sich in diesen beiden Jahren zum dritten Plan nicht zu äußern, auch die Gefahr in sich birgt, dieses Instrument auf politischer Ebene zu schwächen. Diese Unterbrechung könnte ebenfalls dazu führen die Kommission und die mit der Weiterverfolgung betrauten Organisationseinheiten (die sogenannten Cellules de Développement durable) zu schwächen.
17. Durch die lange Unterbrechung besteht auch **die Gefahr, dass die Zivilgesellschaft**, die auf den Vorentwurf des Plans 2009-2012 im Zuge der - normalerweise 2008 erfolgenden - Konsultationen reagiert hatte entmutigt wird. Der rechtliche Rahmen hat im Übrigen die Durchführung der aufeinander folgenden öffentlichen Konsultationen bei den Lernzyklen, die der korrekten Anwendung des Prinzips der Beteiligung entsprechen, sichergestellt. **Die Ergebnisse der Konsultationen zu den Vorentwürfen des Plans für nachhaltige Entwicklung wurden im zweiten und dritten Vorentwurf des Plans (APP) nicht ausreichend valorisiert**. Beim zweiten Vorentwurf wurde der Text von der Regierung vor den Konsultationen stark abgeändert, so dass er den Maßnahmen der Regierungserklärung, auf die sich die Regierung bereits in vollem Umfang festgelegt hatte, per Definition entsprach. Beim dritten Vorentwurf wurden die Konsultationen aufgrund der Verwirrung geschwächt, die sich daraus ergab, dass gleichzeitig zwei getrennte föderale Konsultationen zu einander sehr ähnlichen Themen stattfanden. Dabei handelt es sich zum einen um die regelmäßigen Konsultationen zum Vorentwurf des Plans für nachhaltige Entwicklung und zum anderen um die gesonderten Konsultationen des Forums rund um das Projekt Frühling der Umwelt - Printemps de l'environnement. Darüber hinaus wurden die



Konsultationen zum Vorentwurf des Plans durch die schlechten Lesbarkeit des Textes und seinen unsicheren rechtlichen Status erschwert.

18. Was die **Ausarbeitung der föderalen Nachhaltigkeitspläne** anbelangt, so wurde über die **gesamten 13 Jahre hinweg ein gewisses Engagement seitens der föderalen Verwaltung** beobachtet, doch der laufende Lernprozess im Zusammenhang mit der Ausarbeitung solcher Pläne bringt noch **einige Herausforderungen** mit sich, denen man sich stellen muss. Ihre Verankerung in den wissenschaftlichen Erkenntnissen und internationalen Verpflichtungen war bislang unzureichend, und die Rolle der Indikatoren in der Phase der Planung des Entscheidungszyklus ist nicht eindeutig festgelegt. Allerdings zeichnen sich hierbei positive Entwicklungen ab, wie beispielsweise die Einführung von systematischeren Angaben zu den Verantwortungsträgern und Fristen für mehr als die Hälfte der Maßnahmen des Vorentwurfs zum Plan 2009-2012.
  
19. Ein positiver Beitrag der föderalen Strategie liegt letztlich darin, dass damit **eine Praxis der Weiterverfolgung und Bewertung von Maßnahmen entwickelt worden ist, die innerhalb der föderalen Verwaltung ergriffen werden**. Diese Weiterverfolgung der in den Plänen enthaltenen Maßnahmen durch die CIDD in ihren Berichten und ihrer Datenbank sowie die Überwachung von Indikatoren für die Umsetzung der Maßnahmen in den föderalen Nachhaltigkeitsberichten können **eine ermutigende Rolle bei der Umsetzung der einschlägigen Maßnahmen spielen**. Die Prozessindikatoren, die von der Task Force für Nachhaltige Entwicklung nach den Angaben der einzelnen Ressorts entwickelt wurden, weisen zu Beginn der Bewertung der beiden Pläne noch einen relativ niedrigen Umsetzungsgrad vor. In der Folge steigt dieser Umsetzungsgrad dann jedoch deutlich an, und es zeigt sich, dass nach vier Jahren etwa die Hälfte der Maßnahmen durchgeführt wurden und dieser Anteil auch weiterhin steigt, wenn man den Überwachungszeitraum verlängert. Die Fortschritte werden mit Hilfe eines Leitindikators verfolgt, der ein besonderes Merkmal der belgischen föderalen Berichte darstellt.
  
20. Die dargelegte Analyse bezieht sich auf die 13 Jahre der praktischen Umsetzung einer föderalen Strategie in Belgien. Dies betrifft den Zeitraum der Anwendung des Gesetzes von Mai 1997, mit dem die Lernzyklen der öffentlichen Nachhaltigkeitspolitik eingeführt wurden, und die Änderung dieses Gesetzes im Jahre 2010. Um jeglichen Doppelaufwand zu vermeiden und die detaillierten Analysen der bisherigen Berichte nicht zu wiederholen, konzentriert sich Teil B vor allem auf die Verknüpfung von Fakten und Ereignissen bezüglich der **beiden, von der Föderalregierung verabschiedeten Nachhaltigkeitspläne sowie auf die Vorbereitung des dritten Plans (Vorentwurf des Plans 2009-2012)**. Die angewandte Methode der Strategiebewertung basiert auf den fünf Nachhaltigkeitskriterien oder den grundlegenden Prinzipien der Erklärung von Rio, die in allen föderalen Berichten verwendet wurden, um die Definition dieses Konzepts über den Rahmen des Brundtland-Berichts hinaus zu erweitern. Diese Kriterien werden um die Kriterien des European Sustainable Development Network (ESDN) ergänzt, um auch Aspekte bezüglich des politischen Engagements und die Mechanismen für die Umsetzung und Überwachung bewerten zu können. Was die Nachhaltigkeitspläne anbelangt, so wurden sie in einer sehr detaillierten Analyse unter die Lupe genommen, hinsichtlich des Verfahrens ihrer Ausarbeitung als auch ihres Inhalts und Umsetzungsgrades.

## Teil C - Spezifische Verpflichtungen in den föderalen Nachhaltigkeitsplänen

21. Die im vorliegenden Bericht analysierten **elf Themen** sind **gesellschaftlicher, ökologischer, wirtschaftlicher und institutioneller Art** und wurden anhand einer in Absatz 28 zusammengefassten Methodik ausgewählt. Die Vielfalt der politischen Herausforderungen, die es zu meistern gilt, um das Wohl der heutigen Generationen zu verbessern, ohne die Möglichkeiten zukünftiger Generationen zu beeinträchtigen, ihre Bedürfnisse zu befriedigen, ist bei weitem nicht auf Fragen der grünen Wirtschaft oder der Governance im Umweltbereich (beides Hauptthemen der zweiten Konferenz von Rio) begrenzt. Die Palette der 11 untersuchten Themen verdeutlicht, wie wichtig Querschnittsfragen sind, wie etwa die Veränderung von Verbrauchs- und Produktionsmustern, insbesondere bei den Verkehrskonzepten und den Essgewohnheiten, um einen Übergang unserer Gesellschaft zu einem nachhaltigen Modell zu ermöglichen. Die Ergebnisse der thematischen Überprüfung in Teil C können aus zwei Gründen nicht verallgemeinert werden. Einerseits weisen die 80 in den Plänen nach der genannten Methodik ausgewählten Maßnahmen als gemeinsames Merkmal einen höheren Ausführungsgrad auf als der durchschnittliche Ausführungsgrad der ersten beiden föderalen Pläne, der in Teil B beschrieben wird. Andererseits decken sie nur etwa ein Zehntel von tausend Maßnahmen ab, die in beiden Plänen enthalten sind.
22. **Die Bewertung dieser 11 Politikbereiche** ist eine sinnvolle Ergänzung der globalen Analyse in Teil B bezüglich der Umsetzung der Pläne. **Die 80 Maßnahmen, die aus den föderalen Nachhaltigkeitsplänen hervorgegangen sind**, betreffen in der Tat eine konkrete und vielschichtige Materie. Doch ihr Beitrag zur Verwirklichung einer nachhaltigen Entwicklung wird nicht immer deutlich, unter anderem wegen des Mangels einer langfristigen Vision als Grundlage für die Erarbeitung der föderalen Pläne für nachhaltige Entwicklung.
23. Überdies bleibt ihr Umsetzungsgrad aus zweierlei Gründen häufig unbefriedigend:
  - eine **sehr späte Entscheidung der Regierung** zu bestimmten Maßnahmen, wie im Fall der Produktpolitik, einer Maßnahme des ersten Nachhaltigkeitsplans (bekräftigt durch den zweiten Plan): zwischen der Annahme dieser Maßnahme im ersten Plan und dem Beschluss der Regierung (im Jahre 2009) zur Kenntnisnahme des föderalen Produktplans liegen neun Jahre;
  - **eine zu langsame oder unvollständige Implementierung von Maßnahmen**, wie im Fall der Folgenabschätzung von Entscheidungen im Bereich der nachhaltigen Entwicklung (EIDD), einer Maßnahme des ersten Nachhaltigkeitsplans, die auch im zweiten Plan aufgeführt wird. Der Beschluss der Regierung aus dem Jahre 2007, alle Dossiers des Ministerrats einem EIDD-Verfahren zu unterwerfen, hat bisher lediglich zu einer vertieften Ex-ante-Folgenabschätzung geführt.
24. Daraus folgt, dass es **für vier der 11 untersuchten Politiken noch zu früh ist, ihren Beitrag zur Erreichung der einschlägigen Ziele zu analysieren**, entweder weil die Umsetzung noch zu wenig

fortgeschritten ist oder weil der Zeitraum, bis die politischen Maßnahmen wirksame Ergebnisse zeigen, noch nicht verstrichen ist. Dies gilt für die Politikbereiche im Zusammenhang mit der Vermarktung nachhaltiger Produkte, der Steigerung der Energieeffizienz von Gebäuden, der gerechten und ausgewogenen Verteilung genetischer Ressourcen und für die EIDD. Was die sieben anderen Politikbereiche anbelangt, so wurden die entsprechenden Maßnahmen weitgehend durchgeführt und es lässt sich einem gewissen notwendigen Abstand hinreichend beurteilen, ob die Ziele erreicht worden sind.

25. Bei den **sieben** Politiken, deren Wirksamkeit **mit ausreichendem Abstand analysiert werden konnte**, ließen sich zwei Szenarien beobachten:

- in **drei Fällen sind die Ziele der Maßnahmen trotz der Anstrengungen zu deren Umsetzung nicht erreicht worden**. Dabei handelt es sich um die Politiken zur Verlängerung der aktiven beruflichen Laufbahn, zur Förderung der gesunden Ernährung und zum Abbau der Verschuldung der privaten Haushalte. Im vorliegenden Bericht wird betont, dass eine unzulängliche Auswahl von Instrumenten, wie in den beiden letztgenannten Bereichen beobachtet, für die Erreichung der einschlägigen Ziele hinderlich sein kann, wobei eine gründliche Evaluierung wahrscheinlich auch andere Gründe zu Tage fördern würde, die unabhängig von den gewählten Instrumenten sind;
- in **vier Fällen wurden die Ziele erreicht oder fast erreicht**. Dabei handelt es sich um die Politiken zur Förderung des Kaufs umweltfreundlicher Fahrzeuge, zum allgemeinen Zugang zur Gesundheitsfürsorge, zur Einhaltung der nationalen Emissionshöchstmengen für Luftschadstoffe und zur Aufstockung der offiziellen Entwicklungshilfe. In diesem Fall haben die Maßnahmen der Pläne das Erreichen der einschlägigen Ziele mit hoher Wahrscheinlichkeit begünstigt, wobei es freilich unmöglich ist, ihren spezifischen Beitrag zur Erreichung der Ziele genau zu beziffern.

26. Schließlich hat **die Einbeziehung all dieser Politiken in die Nachhaltigkeitspläne eine unterschiedliche Rolle gespielt**, je nachdem, wie **neu die Art** der analysierten **Maßnahmen** war:

- einige Maßnahmen waren relativ neu, denn sie zielten darauf ab, auf sich abzeichnende Herausforderungen zu reagieren. Den Nachhaltigkeitsplänen kam somit eine **treibende Rolle** zu, hatten sie diese Herausforderungen doch erst auf die politische Tagesordnung gesetzt. Beispiele hierfür sind die Politiken der Verbesserung der Energieeffizienz von Gebäuden auf der Grundlage von Dritt-Investitionen, der Förderung einer gesunden Ernährung und der Einführung der EIDD;
- andere Maßnahmen trugen zu laufenden Prozessen bei, die mehrere Jahre vor den Plänen eingeleitet wurden. Als solche wurden sie lediglich in die föderalen Pläne aufgenommen, ohne mit anderen Maßnahmen verknüpft zu werden, und dienten der **Verbesserung der Integration und der Kohärenz der föderalen Politik**. Dies gilt für die Einführung eines Rechnungshöchstbetrags mit dem Ziel, den allgemeinen Zugang zur Gesundheitsfürsorge zu gewährleisten oder für die Politik der Verlängerung der aktiven beruflichen Laufbahn.

27. Es scheint letztlich, dass **die Bemühungen der aufeinander folgenden Regierungen in den vergangenen 13 Jahren hinsichtlich der föderalen Nachhaltigkeitspläne größtenteils noch immer am Rand** des Regierungs-Kerngeschäfts angesiedelt sind. Belgien verfügt zum Zeitpunkt der Fertigstellung dieses Berichts noch immer nicht über den dritten Nachhaltigkeitsplan, der nun schon seit drei Jahren auf sich warten lässt. Dabei zeigt der Lernprozess, der mit den ersten beiden Plänen eingeführt wurde, wie nützlich diese Pläne als Instrument für die Integration und Kohärenz der föderalen Politik sind. Dank dieser Pläne konnten Politikbereiche erarbeitet werden, mit denen man sich auf lange Sicht den neuen Herausforderungen stellt und die gleichzeitig in laufende Prozesse eingebunden wurden - im Mittelpunkt einer übergreifenden politischen Vision, die auf Effektivität, Effizienz sowie Gleichheit innerhalb der Generationen und zwischen den Generationen gerichtet ist.
28. Die obige Zusammenfassung ergibt sich aus der **Prüfung einer Reihe von Themen oder Bereichen der nachhaltigen Entwicklung und Fallstudien für jedes Thema**, die sich auf eine oder mehrere Maßnahmen der Nachhaltigkeitspläne bezieht. Die Themen sind so gewählt, dass die Existenz von treibenden Kräften, Belastungen, Zuständen und Reaktionen in Bezug auf die Entwicklung der Gesellschaft unterstrichen wird. Es handelt sich um eine systemische Methode, denn diese Elemente werden als voneinander abhängig erkannt und ihre Entwicklung hängt sowohl von der jeweiligen Politik zu diesen Themen als auch von den Beziehungen zwischen den einzelnen Themen ab. Jedes Thema und die dazugehörige Fallstudie wird im Rahmen eines "Bogens" beschrieben und beurteilt, der eine feste Struktur aufweist und eine Bestandsaufnahme der Lage, eine anschließende Bewertung und eine Beschreibung der Politik, die anhand dieser Bewertung verfolgt wird, umfasst. **Eine spezifische Politik wird im Rahmen jedes einzelnen Themenbereichs beschrieben und bewertet**, wobei sich eine Spanne von 11 thematischen Antworten ergibt, die von den föderalen Behörden in den Nachhaltigkeitsplänen gegeben werden. Die Bewertung konzentriert sich auf den Umsetzungs- bzw. Ausführungsgrad dieser Politiken und stellt diese den festgelegten Zielen und der aktuellen Lage gegenüber. Die 11 Politiken weisen ein gemeinsames Merkmal auf: sie bieten genügend Informationen über die bei ihrer Umsetzung erzielten Fortschritte und ermöglichen somit eine entsprechende Untersuchung. Sie umfassen ein Zehntel der etwa tausend Maßnahmen in beiden Plänen: 48 von 622 Maßnahmen des Plans 2000-2004 und 32 von 395 Maßnahmen des Plans 2004-2008/2011. Die Bewertung der Politiken des Teils C des Berichts darf daher nicht verallgemeinert werden, denn diese 80 (48 + 32) Maßnahmen weisen einen höheren Ausführungsgrad auf als der durchschnittliche Ausführungsgrad der beiden föderalen Berichte, die in Teil B bewertet werden.

## Empfehlungen zur Erneuerung des politischen Engagements zugunsten einer nachhaltigen Entwicklung

29. Gestützt auf die Erfahrungen, die in Belgien über 20 Jahre hinweg beim Engagement für eine nachhaltige Entwicklung gemacht wurden, stellen die folgenden Empfehlungen eine Bekräftigung der Empfehlungen dar, die in den fünf föderalen Berichten in diesen 20 Jahren formuliert wurden. Diese Empfehlungen waren ehrgeizig und konkret. Bereits im ersten Bericht 1999 wird die Anwendung der fünf, wohl am ehesten übergreifenden Grundsätze empfohlen, die auf der Konferenz von Rio mit Blick auf einen *„Übergang zu einer nachhaltigen Entwicklung“* verabschiedet wurden:
- ... legt Belgien auf ein Gesellschaftsprojekt fest, dessen Herausforderungen sowohl auf globaler als auch auf eher örtlicher Ebene nicht unterschätzt werden dürfen (Prinzip der Verantwortung);
  - ... fordert die Annahme von realistischen Zwischenzielen mit einer klar definierten langfristigen Perspektive, zusammen mit den notwendigen Mitteln für ihre praktische Umsetzung (Grundsatz der Gerechtigkeit innerhalb von und zwischen den Generationen);
  - ... fordert eine bessere Integration der gesellschaftlichen, ökologischen und wirtschaftlichen Bereiche, auch auf institutioneller Ebene (Prinzip der Integration);
  - ... erkennt die Existenz von wissenschaftlichen Unsicherheiten an und sorgt für eine bessere Interaktion zwischen diesen Erkenntnissen und der Handhabung erheblicher und irreversibler Risiken (Vorsorgeprinzip);
  - ... verlangt daher nach einer Klarstellung, in einem weitgehend partizipativen Prozess, der von der belgischen Gesellschaft gewählten Entwicklungsoptionen (Prinzip der Beteiligung).
30. Im föderalen Bericht 2011 werden zehn Empfehlungen formuliert, mit denen darauf abgezielt wird, diese übergreifenden fünf Prinzipien beschleunigt in die Praxis umzusetzen, unter Berücksichtigung der Erfolge und Misserfolge, die in der Nachhaltigkeitspolitik im Laufe der zurückliegenden 20 Jahre zu verzeichnen sind. Diese zehn Empfehlungen sind nachstehend aufgeführt.

### *Verantwortung in weltweiter Partnerschaft*

31. **Empfehlung zu den internationalen Verpflichtungen im Bereich der Entwicklung:** in sämtlichen föderalen Berichten wurde seit 1999 die Notwendigkeit unterstrichen, die Verpflichtungen zur Entwicklung des Planeten einzuhalten, mit besonderem Augenmerk auf die Verpflichtungen, die sich aus den Konferenzen von Rio und Johannesburg (Rio +10) mit Blick auf die nachhaltige Entwicklung ergeben. Die Aufstockung der öffentlichen Entwicklungshilfe im untersuchten Zeitraum steht im Einklang mit diesen Empfehlungen. Das Engagement Belgiens im Zuge seiner Präsidentschaft in der Europäischen Union wurde auch auf der Konferenz von Nagoya über die biologische Vielfalt oder der von Cancun, wo es um den Klimawandel ging, zur Kenntnis genommen. Der föderale Bericht 2011 leistet einen Beitrag zur Vorbereitung der zweiten

Konferenz von Rio, deren Ziel es ist, diese politischen Verpflichtungen im Jahre 2012 zu erneuern und zu bekräftigen. Die beiden zentralen Themen der Konferenz sind die Verbesserung der Steuerung (*Governance*) im Bereich der nachhaltigen Entwicklung und die Förderung der grünen Wirtschaft im Kontext einer nachhaltigen Entwicklung, einschließlich der Beseitigung der Armut. **Im föderalen Bericht 2011 wird der Föderalregierung empfohlen sicherzustellen, dass jedes föderale Ressort seinen Beitrag für die Vorbereitung und Umsetzung der Verpflichtungen zu den Themen Rio +20 und ihre beschleunigte Umsetzung durch die belgische Nachhaltigkeitspolitik leistet, innerhalb und außerhalb Belgiens.**

32. **Empfehlung zu nachhaltigen Konsum- und Produktionsmustern:** im föderalen Bericht 2007 wird empfohlen, insbesondere die Verhandlungen 2010/2011 zu unterstützen, bei denen es um die Konkretisierung des *Zehnjahres-Rahmenplans für Programme der Vereinten Nationen* in Bezug auf nachhaltige Produktions- und Konsumstrukturen geht, der in Johannesburg verabschiedet wurde, um somit Veränderungen nicht nachhaltiger Konsum- und Produktionsmuster auf internationaler Ebene zu beschleunigen. Im vorliegenden Bericht werden die bescheidenen Fortschritte bewertet, die beim Abbau nicht nachhaltiger Produktions- und Konsummuster erzielt wurden; die Messung erfolgte anhand von Indikatoren für die Entkoppelung von BIP und einigen negativen externen Umwelteffekten. So wurde zum Beispiel die Annahme von zwei wichtigen Zielen ermöglicht: das Ziel der Reduzierung der ökologischen und gesellschaftlichen Auswirkungen von Produkten während ihres gesamten Nutzungszyklus, bzw. der **Wertschöpfungskette** (Herstellung, Nutzung und Entsorgung) im Produktplan 2009-2012 und das Ziel, *mindestens 50% aller öffentlichen Ausschreibungen nachhaltig zu gestalten*, wie im Föderalen Aktionsplan für Nachhaltige Beschaffung vorgesehen. **Um die Fortschritte bei der Erreichung des übergreifenden Ziels der nachhaltigen Produktions- und Konsummuster zu verbessern, denen die Rolle als Motor für die nachhaltige Entwicklung zukommt, wird im föderalen Bericht 2011 empfohlen, dass jeder Minister/jede Ministerin der Föderalregierung zur Verwirklichung dieser beiden Ziele beiträgt, und zwar durch den Einsatz – nach den Kriterien der nachhaltigen Entwicklung – derjenigen politischen Instrumente, die in seinen bzw. ihren Zuständigkeitsbereich fallen, sowohl innerhalb als auch außerhalb Belgiens.**

### *Gerechtigkeit innerhalb von und zwischen den Generationen in einer langfristigen Vision*

33. **Empfehlung zur Annahme von Nachhaltigkeitszielen:** in allen föderalen Berichten wird seit 1999 stets die Notwendigkeit unterstrichen, *die beschlossenen oder anvisierten Maßnahmen in eine langfristige Perspektive zu setzen* und zu diesem Zweck *eine ausreichende Anzahl von langfristigen Zielen einer nachhaltigen Entwicklung (ODD)* festzulegen, einschließlich *Zwischenetappen zwischen der Gegenwart und der langfristigen Entwicklung*. Mittlerweile nimmt das Konzept der ODD einen zentralen Platz bei den multilateralen Verhandlungen über die nachhaltige Entwicklung ein. Der unlängst durch die Gesetzesänderung eingeführte Prozess der Ausarbeitung einer strategischen langfristigen Vision für die nachhaltige Entwicklung ist ein Schritt zur Umsetzung dieser Empfehlungen. Da aufgrund der wachsenden Bedeutung gesellschaftlicher und ökologischer Fragen der Begriff "langfristig" auf mehrere Jahrzehnte erweitert worden ist, wird **der Föderalregierung im föderalen Bericht 2011 empfohlen, eine ausreichend breite Palette von**

**gesellschaftlichen, ökologischen und wirtschaftlichen Nachhaltigkeitszielen auf sehr lange Sicht anzunehmen (2050), um das Handeln kurz- und mittelfristig, sogar über zehn Jahre hinweg, konkret lenken zu können.**

34. **Empfehlung zur Einführung von Zwischenzielen:** im föderalen Bericht 2007 wurde gefordert, *den Zeitraum zwischen der Gegenwart und dem "Langfristhorizont" in Zwischenstufen zu unterteilen, um die Logik und die Phasen der Übergangsprozesse antizipieren zu können.* In der Strategie EU 2020 sind für den Zeithorizont 2020 einschlägige Ziele vorgesehen, unter anderem in Bezug auf die Verringerung der Armut, die Beschäftigungsquoten und die CO<sub>2</sub>-Emissionen. Auch im Transportsektor wurden auf EU-Ebene für die Jahre 2008, 2015 und 2020 Ziele festgelegt, die als Zwischenschritte auf dem Weg zum Jahre 2050 gelten können. Doch selbst wenn sie die bisherigen Tendenzen umkehren: **im föderalen Bericht 2011 wird empfohlen sicherzustellen, dass alle Zwischenziele hinreichend ehrgeizig formuliert werden sollen, im Rahmen eines mehrdimensionalen Pakts zwischen den gegenwärtigen Generationen und mit Blick auf zukünftige Generationen, um Belgien auf den Weg der genannten ODD zu bringen.**

#### *Prinzip der Integration*

35. **Empfehlung zur Durchführung von Untersuchungen zur Folgenabschätzung:** im föderalen Bericht 2005 wurde festgestellt, dass einigen *Integrationsinstrumenten in Zukunft auf föderaler Ebene mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden soll*; im föderalen Bericht 1999 wurde außerdem die Notwendigkeit einer *besseren Integration gesellschaftlicher, ökologischer und wirtschaftlicher Bereiche, auch auf institutioneller Ebene ...* betont. Der mit der Gesetzesänderung festgelegte Prozess ermutigt die Entscheidungsträger, bereits im Vorfeld mehr Untersuchungen über die mehrdimensionalen Folgen föderaler Entscheidungen zu veranlassen. Die künftige Nutzung dieses Integrationsinstruments darf nicht so schwach sein wie dies während des untersuchten Zeitraums beobachtet wurde. **Im föderalen Bericht 2011 wird daher empfohlen sicherzustellen, dass die Überprüfung der gesetzlichen Bestimmungen über die Folgenabschätzung, d.h. die Bewertung der Folgen von Entscheidungen für die nachhaltige Entwicklung (EIDD), zu einer effektiven Erneuerung, Erweiterung und erhöhten Transparenz ihrer Anwendung führt.**
36. **Empfehlung zur Kohärenz der thematischen Pläne und zur Bedeutung des föderalen Fünfjahres-Nachhaltigkeitsplans als Instrument der integrierten Entwicklung:** bei der Integration der gesellschaftlichen, ökologischen und wirtschaftlichen Dimensionen thematischer Entscheidungen sind in Teilbereichen Fortschritte erzielt worden. Dies gilt beispielsweise für den Beschluss über das zu fakturierende **Maximum (Obergrenze für die Erstattung der Kostenbeteiligung bei der gesetzlichen Krankenversicherung), einem wirtschaftlichen Instrument zur Verbesserung** der Volksgesundheit und zur Vermeidung von Armut. Das gilt ebenso für den Fonds zur Verringerung der Gesamtkosten der Energieerzeugung (FRCE), mit dessen Hilfe Menschen mit geringem Einkommen in die Lage versetzt werden sollen, in ihren Wohnungen Investitionen in Einrichtungen der Wärmedämmung zu tätigen, wodurch ihr Zugang zu nachhaltigen Lebensweisen gefördert wird. Die mehrdimensionale Integration des Produktplans (für ökologisch, ökonomisch und gesellschaftlich verantwortliche Produkte) wurde

hingegen – trotz der Bedeutung dieser Thematik – nicht in Angriff genommen. In den neun Jahren einschlägiger Arbeiten wurde lediglich eine ökologische Komponente des Produktplans zum Abschluss gebracht; der soziale Bereich und die Integration der gesellschaftlichen und ökologischen Bereiche blieben unvollendet. Das EIID-Instrument kann eine solche Schwachstelle aufspüren, sie jedoch nicht beheben. **Im föderalen Bericht 2011 wird empfohlen, die ressortübergreifende Integrationsfunktion des föderalen Plans für nachhaltige Entwicklung zu stärken und die föderalen Ressorts dazu anzuhalten, auch in ihre thematischen Pläne gesellschaftliche, ökologische und wirtschaftliche Bestandteile zu integrieren.**

### *Vorsorgeprinzip und wissenschaftliche Unsicherheit*

37. **Empfehlung zur Nutzung von Indikatoren:** im föderalen Bericht 2009 wird empfohlen, *die Anzahl der künstlichen Indikatoren, die eingesetzt werden, um die Fortschritte auf dem Wege zu einer nachhaltigen Entwicklung zu verfolgen ... nicht zu sehr zu begrenzen und gleichzeitig eine große und eine enger gefasste Tabelle mit Indikatoren vorzusehen, angesichts der Tatsache, dass die Reduzierung von Informationen im Zusammenhang mit der Auswahl eines Indikators oder ein zu eng begrenztes Verzeichnis von Indikatoren zu einem unvollständigen Bild des gesellschaftlichen Fortschritts führt.* Im zurückliegenden Zeitraum hat es Fortschritte bei der Verfolgung der Indikatoren gegeben; dies gilt auch für jene Indikatoren, die sich auf die praktische Umsetzung der Nachhaltigkeitspläne beziehen. Die jährliche Überwachung der Umsetzung dieser Pläne durch die Interministerielle Kommission für Nachhaltige Entwicklung hat sich verbessert. **Im föderalen Bericht 2011 wird empfohlen, diese Überwachung, die Ex-post-Bewertungen der durchgeführten Politiken ermöglicht, fortzusetzen und sicherzustellen, dass die im Rahmen der föderalen Debatten über eine langfristige strategische Nachhaltigkeitsvision angenommenen Ziele auch für Ex-ante-Bewertungen der vorgeschlagenen Politiken genutzt werden können.**
  
38. **Empfehlung zu den notwendigen Informationen zur Vermeidung von Überschuldung:** im föderalen Bericht 1999 wurde darauf verwiesen, dass in den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen auf das Wachstum von Konsum und Produktion Bezug genommen wird, ohne auf die damit verbundenen externen gesellschaftlichen und ökologischen Effekte einzugehen. Diese externen Effekte häufen sich in Form von versteckten Schulden an, insbesondere im Zusammenhang mit *"sonstigen Verschmutzungen (Deponien, Lagerung von toxischen Industrieprodukten, verschmutztes Grundwasser, diffuse Verbreitung tausender chemischer Verbindungen mit unbekanntem Wirkungen) ohne Lösung, seit Jahrzehnten."* **Im föderalen Bericht 2011 wird empfohlen, diejenigen Mittel und Methoden zu verbessern, mit denen das System der nationalen Rechnungslegung in die Lage versetzt wird, Konsum- und Produktionsmuster aufzuspüren, die zu versteckten gesellschaftlichen und ökologischen Schulden führen, sowohl auf der Ebene der privaten Haushalte als auch auf Landesebene, um somit die Entscheidungsträger (private Haushalte, Unternehmen, öffentliche Hand) regelmäßig mit Informationen über die Ursachen dieser Verschuldung zu Lasten künftiger Generationen versorgen zu können.**



### *Prinzip der Beteiligung*

39. **Empfehlung zu den Wechselwirkungen zwischen den Akteuren des Rechts:** bereits im ersten föderalen Bericht 1999 lag der Schwerpunkt auf der Notwendigkeit *einer Klarstellung, in einem weitgehend partizipativen Prozess, der von der belgischen Gesellschaft gewählten Entwicklungsoptionen.* Durch die ordnungsgemäße Anwendung des Gesetzes konnten die aufeinander folgenden öffentlichen Konsultationen gewährleistet werden. Die Ergebnisse dieser Konsultationen zur nachhaltigen Entwicklung sind jedoch bisher nicht in ausreichendem Umfang in den zweiten und den dritten Vorentwurf der Pläne (APP) eingeflossen, wobei die Konsultationen insbesondere dadurch beeinträchtigt wurden, dass sich aus dem gleichzeitigen Ablauf anderer Konsultationsverfahren zu Politiken, die weniger übergreifend als die nachhaltige Entwicklung sind, eine gewisse Verwirrung ergab. Überdies ist das kontinuierliche Ineinandergreifen der Zyklen zwischen dem Konsultationsverfahren und dem Prozess der Beschlussfassung zum dritten Plan praktisch zum Erliegen gekommen. **Im föderalen Bericht 2011 wird empfohlen, dass die Regierung besondere Anstrengungen unternimmt, um die Kontinuität und die Wechselwirkungen bei der Ausführung der unterschiedlichen gesetzlichen Aufträge zu stärken.**
40. **Empfehlung zur Repräsentativität des Föderalrats für Nachhaltige Entwicklung (CFDD):** dieses zentrale Organ des partizipativen Prozesses für eine nachhaltige Entwicklung hat im Zuge der Wahrnehmung seiner Aufgaben insbesondere 179 Stellungnahmen zur Entwicklungspolitik in 14 Jahren formuliert, darunter 25 Initiativstellungnahmen. Der demokratische Mechanismus, wonach die Regierung begründen muss, warum sie von den Stellungnahmen des CFDD zu einzelnen Vorentwürfen des Plans abweicht, gilt nach wie vor. **Im föderalen Bericht 2011 wird den Behörden jedoch empfohlen, wachsam zu bleiben und darauf zu achten, dass eine Schwächung der Konzertierung zu Fragen der nachhaltigen Entwicklung verhindert wird, vor allem nach der entsprechenden Gesetzesänderung, durch die die Frage der Zusammensetzung bei der Vertretung der Zivilgesellschaft im CFDD offen gelassen wurde.**